

I.L.A. Kollektiv



AUF KOSTEN ANDERER?

Wie die imperiale Lebensweise ein
gutes Leben für alle verhindert

Mit einem
Vorwort von
Ulrich Brand,
Barbara Muraca
und **Markus**
Wissen

Von der imperialen Lebensweise zum guten Leben für alle

Unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise bedeutet ein besseres Leben für wenige auf Kosten anderer. Welche Strategien können wir nutzen, um stattdessen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Und wie könnte eine solidarische Lebensweise aussehen?

Werfen wir einen Blick zurück auf das Dossier: Ob unser Smartphone oder unsere Pflegeheime, unsere Bildungsinstitutionen oder das Giro-Konto, unsere Supermarktgänge oder Transportgewohnheiten – die imperiale Produktions- und Lebensweise zieht sich durch fast alle Bereiche unseres Alltags. In diesem Schlusswort fassen wir nun die Ergebnisse unserer Analyse dieser einzelnen Lebensbereiche zusammen. Darauf aufbauend wollen wir die bereits teilweise in den einzelnen Kapiteln erwähnten relevanten Hebelpunkte, Strategien und Leitplanken einer solidarischen Lebensweise vorstellen. Doch eines muss klar sein: Auf die komplexen Probleme gibt es keine einfache Lösung, sondern eine Vielzahl ebenso komplexer Antworten. In der hier versuchten Zusammenfassung bleibt es nicht aus, dass manche Vorschläge verkürzt erscheinen und Widersprüche nur begrenzt dargestellt werden können. Einige der vorgestellten Ideen und Wege müssen zudem erst noch erprobt und genauer durchdacht werden.

Unser Alltag: Ausgebeutet werden und ausbeuten lassen

Unsere Lebensweise und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise beruhen auf der unbegrenzten und privilegierten Ausbeutung von Arbeitskraft und Umwelt. Im Globalen Norden sind es neben Frauen und ökonomisch schlechter gestellten Personen auch geflüchtete oder indigene Menschen, die rassistisch diskriminiert werden, unter schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen leiden, politisch benachteiligt werden und zudem in schmutzigen, lauten und unsicheren Gegenden leben müssen. Jedoch greifen fast alle Menschen im Globalen Norden überproportional auf die insgesamt verfügbare Biosphäre und die Arbeitskraft von anderen Menschen, vor allem im Globalen Süden, zu. Diese Lebensweise breitet sich gleichzeitig rasant in den urbanen Mittel- und Oberschichten des Globalen Südens aus. Damit verallgemeinert sich eine Lebensweise, die nur exklusiv funktionieren kann und somit eigentlich nicht verallgemeinerbar ist: Wir stoßen zunehmend an die ökologischen sowie sozialen Grenzen des Wachstums, während die Krisenerscheinungen zunehmen und, wie im Fall des Klimawandels, immer schwerer zu bewältigen sind.¹

Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise: Attraktivität und Zwang

Die imperiale Lebensweise breitet sich aus, weil sie uns attraktiv erscheint. Sie verspricht ein vergleichsweise komfortables Leben: Konsum von sämtlichen Produkten per Mausklick, kürzere Reisezeiten an weit entfernte Ziele, die uns die Werbung schmackhaft macht, schnellere Kommunikationsmöglichkeiten, neue technische Innovationen, die die Erledigung alltäglicher Arbeiten an Maschinen übertragen, oder die Abgabe von vermeintlich lästigen Pflegetätigkeiten an Dritte. Oft wird dabei übersehen, dass die imperiale Lebensweise aber auch auf gesellschaftlichen Zwängen fußt. So erscheinen kürzere Reisezeiten vor allem als erstrebenswert, weil immer mehr Mobilität und Flexibilität gefordert wird, beruflich wie privat. Am ganz normalen Alltagsleben teilzuhaben bedeutet auch, mir meine Lebensmittel im Supermarkt zu kaufen, ein Girokonto zu führen, zeitraubende Sorgetätigkeiten auszulagern oder Bildungsabschlüsse zu erwerben. Auch hängt gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von Produkten wie Computer oder Smartphone ab. Um diese kaufen zu können, sind wir gezwungen, viel Zeit in Erwerbsarbeit zu verbringen und letztlich die imperiale Lebensweise mitzutragen.

Unsere Lebensweise: völlig normal, in Beton gegossen und institutionell abgesichert

Wie unsere Analyse der imperialen Lebensweise zeigt, beruhen all diese Entwicklungen erstens auf gesellschaftlichen Wahrnehmungen, was als normal und erstrebenswert gilt, zweitens auf materiellen Infrastrukturen, die bestimmte Verhaltensweisen systematisch begünstigen, und drittens auf dem Einfluss von politischen Institutionen und Akteuren, die ein Interesse daran besitzen, dass alles so bleibt, wie es ist. So scheint allgemein die Vorstellung tief verankert zu sein, dass unsere Lebensweise Wohlstand und Fortschritt bedeutet und andere Menschen in anderen Erdteilen sich nach der gleichen Logik »entwickeln« sollten. Wachstum, Konsum und Arbeit in Frage zu stellen erscheint immer noch als Unterfangen radikaler Außenseiter.² Auch die Form und Inhalte unserer Bildung (siehe BILDUNG UND WISSEN) sowie die allgegenwärtige Werbung festigen solche Denkmuster in unseren Köpfen. Zudem existieren eine Reihe von Infrastrukturen, die so gestaltet sind, dass sie unser derzeitiges Verhalten erst ermöglichen und gewisse Optionen automatisch vorgeben, andere dagegen erheblich erschweren: Straßen und Autobahnen, Kitas und Altenheime, Schulen und Universitäten, Banken und Versicherungen, Arbeitsmärkte und Arbeitsämter, Supermärkte, Einkaufsmieter und die dahinterstehende Logistik. Dabei wird der Ausbau von materiellen Infrastrukturen von einer Politik vorangetrieben, die sich fast ausschließlich am Wirtschaftswachstum orientiert (siehe GELD UND FINANZEN). Vor allem auch Unternehmen unterstützen diese Prozesse sowohl finanziell als auch ideologisch, weil für sie entsprechende, wachstumsorientierte Entwicklungen – also



beispielsweise der Ausbau von Logistikinfrastruktur für den privatwirtschaftlichen Handel oder die zunehmende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – höchst profitabel sind. Es sind also die politischen und wirtschaftlichen Interessen verschiedenster Akteure und Institutionen, die die bestehende Ordnung aufrechterhalten. Vermeintliche Lösungen, die globale Krisen technisch und marktbasiert angehen wollen, sind Ergebnis dieser Konstellation aus gesellschaftlichen Orientierungen, Infrastrukturen und mächtigen Interessen. Sie verschärfen jedoch die Probleme, statt sie zu lösen (siehe Infobox »Green Economy«).

Die imperiale Lebensweise ist also einerseits so fest verankert, weil sie uns persönliche Vorteile bietet. Andererseits sind wir täglich Teil von bestehenden Infrastrukturen, Politiken und festsitzenden Vorstellungen und Erwartungen und es ist schwierig, sich von diesen zu befreien. Wer schon einmal versucht hat, den eigenen Lebensstil darauf auszurichten, weniger zu arbeiten oder den eigenen Konsum frei von Ausbeutung zu halten, spürt diesen Zwang sehr schnell. Somit geht es nicht nur um die Veränderung von Handlungen und Konsumgewohnheiten einzelner, sondern darum, *Strukturen* in Politik und Wirtschaft, den Medien und nicht zuletzt in den Köpfen zu verändern, die unsere Lebensweise lenken und beeinflussen. Vielzählige emanzipatorische Bewegungen und Netzwerke versuchen in verschiedenen Bereichen genau hier anzusetzen – seien es die Bewegungen für Ernährungssouveränität und gerechten Welthandel, für solidarische Formen des Wohnens und der Mobilität, Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen etwa im Sorgebereich, oder Konzepte und Bewegungen für Commons und Postwachstum. Alle diese Initiativen und die Konzepte, für die sie eintreten, vereint letztendlich das Ziel eines *guten Lebens für alle* – statt eines besseren Lebens nur für wenige.

Das gute Leben für alle – eine konkrete Utopie

Die Forderung eines *guten Lebens für alle* mag auf den ersten Blick naiv oder träumerisch erscheinen. Doch Utopien sind notwendig, um eine nicht-imperiale Lebensweise attraktiv und wirksam werden zu lassen. Ein *gutes Leben für alle* beschreibt eine globale Gesellschaft, in der Menschen das eigene Leben genießen, ohne dabei andere daran zu hindern, ihr Leben ebenso frei zu gestalten. Eine ausbeutungsfreie Gesellschaft auf Augenhöhe und in Solidarität mit ihrer natürlichen Mitwelt. Das eigene Alltags-handeln nach ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten gehört dabei ebenso dazu wie jene Strukturen zu verändern, die Ausbeutung, Ungleichheiten oder Naturzerstörung absichern.

Für ein *gutes Leben für alle* brauchen wir eine neue Bewertung dessen, was als erstrebens- und lebenswert gilt. Unsere Analyse der einzelnen Lebensbereiche hat gezeigt, dass Menschen in den heutigen Strukturen, Bildungsinstitutionen und Arbeitszusammenhängen oftmals zu individueller Leistung und Wettbewerb (siehe BILDUNG UND WISSEN), Beschleunigung (siehe MOBILITÄT), Effizienz (siehe SORGE) oder Konsum (siehe DIGITALISIERUNG, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) angetrieben werden. Was aber, wenn wir uns stattdessen an Freiheit, Würde, Miteinander, Lebenslust und -freude orientierten? Wären das neueste Smartphone, die 40-Stunden-Arbeitswoche oder der glänzende SUV weiterhin das anzustrebende Glück? Oder wäre das Ideal eher eine 20-Stunden-Arbeitswoche, in der genügend Zeit ist, eigenen Vorstellungen ei-

nes guten Lebens nachzugehen, sich politisch zu engagieren oder ausreichend Zeit für Freund*innen, Kinder oder pflegebedürftige Eltern zu haben?

In der aktuellen, krisenhaften Zeit, die von Verunsicherung und Angst geprägt ist, hat das *gute Leben für alle* das Potenzial, positiv zu wirken und viele verschiedene Menschen anzusprechen. Gleichzeitig ist abzusehen, dass sich nicht alle Menschen für ein solches Projekt begeistern lassen werden. Nicht zuletzt angesichts des Klimawandels sind höchst unpopuläre Maßnahmen wie die drastische Reduktion des fossilen Brennstoffverbrauchs, die Abschaffung ganzer Produktionsbereiche oder eine Einschränkung des Auto- und Flugverkehrs nötig, wenn wir ein *gutes Leben für alle* erreichen wollen. Das politisierende *für alle* statt *für wenige* kann dabei helfen, dass gesellschaftlich ausgehandelte Freiheitsbeschränkungen, die zugunsten des Gemeinwohls notwendig sind, mitgetragen werden. Ein sozial-ökologischer Wandel muss daher ein offener und kollektiver Prozess sein, bei dem möglichst viele gesellschaftliche Gruppen teilhaben können. Es geht um einen Prozess, der schon heute in kleinen – aber häufig noch gesellschaftlich zu wenig durchmischten – Projekten und Initiativen, in gelebten Utopien und aktiven Widerständen und in ›revolutionären Reformen‹ beginnt. Langfristig und gemeinsam sollen sie die aktuelle ausbeuterische Gesellschaftsorganisation umwälzen. Gleichzeitig ist klar, dass es ohne gesellschaftliche Konflikte nicht gehen wird: Mächtige Interessen stehen einem Wandel entgegen. Wir sprechen in diesem Kontext der Aushandlung von Zukunftsentwürfen auch von *sozial-ökologischer Transformation*.

Handlungsstrategien für einen sozial-ökologischen Wandel

Wie können wir diese Transformation gestalten? Was können wir tun, um uns der imperialen Lebensweise und den Strukturen, die sie ermöglichen und festigen, entgegenzustellen? Anhand unserer Analyse der imperialen Produktions- und Lebensweise sowie aufbauend auf Erfahrungen und Praktiken emanzipatorischer Bewegungen stellen wir zunächst vier Strategien vor. Im Anschluss skizzieren wir, wo ein solcher Wandel hinführen könnte. Wir benennen mögliche Eckpfeiler einer sozial-ökologischen Transformation hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise. Dabei muss noch einmal betont werden: Eine einfache Lösung und *das* perfekte Gesellschaftsmodell gibt es nicht. Es ist notwendig, einerseits die Komplexität der Herausforderungen und die Widersprüche anzuerkennen, sich aber andererseits davon nicht lähmen zu lassen. Für die folgenden Strategien und Eckpfeiler erheben wir deshalb keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Den Alltag verändern und Widerstand leisten

So abgedroschen es klingen mag: Echter Wandel fängt auch bei uns selbst an. Und dabei geht es nicht (nur) um alternative Konsumstile. In den USA, wo die Trump-Administration ein autoritäres Regierungsprojekt verfolgt, stellen derzeit viele Menschen ihren Alltag um: Sie gehen zu Demonstrationen, organisieren sich politisch, leisten Widerstand. Sie hinterfragen ein Alltagsverständnis, das aus Arbeit, Einkaufen, Sport-Events und Fernsehen besteht. Auch in Europa engagieren sich mehr und mehr Menschen für *Klimagerechtigkeit* (siehe GLOSSAR), fahrradfreundliche Städte, eine andere Wirtschaftsweise oder

Geschlechtergerechtigkeit, und machen auf diese Weise neue Alltagserfahrungen. Konflikten nicht aus dem Weg zu gehen, sondern mächtigen Akteuren, beispielsweise transnationalen Konzernen, oder Einschränkungen der demokratischen Teilhabe entgegenzutreten, ist hierbei zentral.

Eine Veränderung des Alltags kann auch anders, unscheinbarer anfangen. Zum Beispiel indem Menschen einer solidarischen Landwirtschaftsinitiative beitreten, öfter das Fahrrad statt das Auto nutzen oder ihr defektes Smartphone reparieren lassen, statt gleich ein neues zu kaufen. Oder beispielsweise auch durch eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung in der eigenen Familie. Alle großen Wandlungsprozesse bauen darauf, dass viele Menschen die Normalität ihres Alltags hinterfragen und ihre Lebensgewohnheiten Stück für Stück verändern. Eine wichtige Transformationsstrategie besteht daher darin, möglichst vielen Menschen Angebote und Erfahrungsräume zu bieten, in denen sie ihren Alltag verändern können. Sei es in der Schule, in Nachbarschaftszentren oder in Selbsthilfearbeitsstätten.

2. Öffentliche Debatten verändern

Darum, was als normal beziehungsweise unterstützenswert gilt und was nicht, wird nicht nur im Alltag gerungen, sondern auch in der öffentlichen Debatte. Ob *Globalisierung*, *Vollbeschäftigung*, *Wirtschaftswachstum* oder *Exportweltmeister* – die mediale Berichterstattung prägt über ihre Begriffe und Narrative den Alltagsverstand und die Politik. Eine sozial-ökologische Transformation ist darauf angewiesen, dass neue Begriffe und Erzählungen in die öffentliche Wahrnehmung gelangen und Legitimität erhalten: *Gutes Leben für alle*, *Zeitwohlstand*, *Degrowth* oder *Commons* – Ideen, die wir zum Teil hier aufgreifen, sind Beispiele dafür. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Demonstrationen, Kampagnen und Diskursinterventionen können wir gesellschaftliche Probleme sichtbar und abweichende Meinungen hörbar machen.

Ein Problem liegt hierbei allerdings in der Kurzatmigkeit der öffentlichen Berichterstattung sowie darin, dass einfache Antworten in den sozialen Medien mehr Verbreitung finden als komplexe Problemanalysen. Auch wenn hin und wieder über Freihandelsabkommen, Klimawandel, Sozial-, Demokratie- oder Braunkohleabbau debattiert wird, schnell setzen sich scheinbar dringendere Schlagzeilen durch. Entscheidend ist daher, dass sich Gruppen bilden, die Themen langfristig setzen und immer wieder zur Sprache bringen. So versucht beispielsweise die globale Klimagerechtigkeitsbewegung stetig auf die Dringlichkeit eines Umdenkens in der Energie- und Umweltpolitik aufmerksam zu machen – auch dann, wenn gerade kein Klimagipfel ansteht. Die Care-Bewegung setzt sich ausdauernd für gerechte und bedürfnisorientierte Sorgebeziehungen ein, auch wenn diesem Thema medial kaum Beachtung geschenkt wird. Doch wie unser Dossier zeigt, liegen den vielfältigen Problemen ähnliche Triebkräfte zugrunde. Deswegen ist es wichtig, dass Bewegungen ihre einzelnen Arbeitsthemen miteinander verknüpfen. Beispiele für solche Gruppen, die versuchen, diverse Themen und Arbeitsfelder zu bündeln und damit den vereinfachenden und auf Ressentiments aufbauenden Interpretationen der ›Neuen Rechten‹ alternative Erzählungen einer solidarischen Lebensweise entgegensetzen, gibt es bereits. Der wachstumskritische Grundgedanke der *Degrowth-Bewegung* eint viele verschiedene Gruppen – von Anti-Kohle- über Grundeinkommen- bis Tierrechtsbewegung.³ Bei

attac engagieren sich Menschen für eine soziale und ökologische Globalisierung und bündeln damit Themen von Welt-handel über kommunale Selbstverwaltung bis Flucht und Migration.⁴ Die *Interventionistische Linke* bringt linksradikale Aktivist*innen beispielsweise sowohl aus anti-rassistischen wie anti-sexistischen oder kapitalismuskritischen Kontexten zusammen.⁵

3. Institutionen und Infrastrukturen transformieren

Institutionen (siehe GLOSSAR) verfügen über viel Macht. Um etwas zu verändern, ist es daher sinnvoll, auch in und mit Institutionen Konzepte für ein *gutes Leben für alle* umzusetzen. Das Besondere an Institutionen ist jedoch, dass sie in der Regel einer schwerfälligen Logik folgen, die sie nur selten hinterfragen und ändern können. Gewerkschaften etwa treten für höhere Löhne für ihre Mitglieder ein, in der Regel jedoch nicht für Arbeiter*innen im Globalen Süden. Nichtregierungsorganisationen können Kampagnen und Proteste organisieren – doch nur solange ihre Geldgeber mitspielen. Ministerien können neue Politikvorschläge entwickeln, sind bei deren Umsetzung jedoch oft auf den Rückhalt der Wirtschaft oder bestimmter Wähler*innengruppen angewiesen. Unternehmen können in einem eng gesteckten Rahmen anders produzieren, jedoch nicht dauerhaft gegen eine bestimmte Systemlogik ankommen.

Eine wichtige Voraussetzung für einen sozial-ökologischen Wandel ist daher, Institutionen zu transformieren. Das bedeutet, auf Institutionen von innen und außen einzuwirken, um ihre Gestaltungsmacht freizusetzen und gleichzeitig ihre Funktionslogik auszuweiten. Beispielsweise soll das Konzept des *Transnationalen Sozialen Streiks* Kämpfe von gewerkschaftlich und nicht gewerkschaftlich Organisierten sowie Arbeitnehmer*innen verschiedener Länder stärker miteinander verknüpfen. Betriebe könnten genossenschaftlich organisiert, Unternehmen und Banken stärker am Gemeinwohl orientiert werden und so neben ihrer Kostendeckung primär sozialen und ökologischen Zielen verpflichtet sein.

Neben Institutionen tragen auch materielle Infrastrukturen wie Autobahnen, Containerhäfen, Riesensupermärkte oder die Bauweise von Städten zur Stabilisierung der imperialen Lebensweise bei. Daher ist es wichtig, auch hier anzusetzen und beispielsweise zu verhindern, dass Städte neue imperiale Infrastrukturen wie Flughäfen bauen, statt den Bahnverkehr zu fördern oder für Fahrrad- und Fußverkehr attraktiver zu werden, wie es beispielsweise Aktivist*innen der Bewegung *System Change, not Climate Change!* in Wien tun.⁶ Bestehende Infrastrukturen können anders genutzt oder abgebaut werden. Zum Beispiel können wir Verkehrsstraßen zu Fußgängerzonen umfunktionalisieren, Industrieanlagen stilllegen und als Kulturstätten nutzen oder ehemalige Kasernen zu Wohnquartieren umwandeln. Viele solcher Projekte gibt es bereits.

4. Alternativen aufbauen

Allerdings hat die Strategie, Institutionen und Infrastrukturen zu transformieren, ihre Grenzen. Auch Ge-

» Eine sozial-ökologische
TRANSFORMATION
ist darauf angewiesen, dass
neue Begriffe und Erzählungen
in die öffentliche Wahrnehmung
gelangen und Legitimität erhalten:
**GUTES LEBEN FÜR ALLE,
ZEITWOHLSTAND, DEGROWTH
ODER COMMONS.**«



nossenschaften oder sogenannte gemeinwohlorientierten Unternehmen sind letztlich darauf angewiesen, Profite zu erwirtschaften und am Markt zu bestehen. Parteien und Regierungen können den Rahmen der Wachstumswirtschaft nur schwer überwinden. Denn die bestehende Ökonomie funktioniert nach einem tief verankerten Prinzip: Sie belohnt systematisch Konkurrenz und Profit, während sie Kooperation und Solidarität erschwert. Daher ist es von zentraler Bedeutung, Neues zu schaffen und andere Systemlogiken zu etablieren. Alternative ökonomische Ansätze sind jedoch noch unterentwickelt: Es bleibt unklar, wie wir eine solidarische Lebensweise *systemisch* machen können, sodass sie sich selbst aufrechterhält. So viele alternative Initiativen und Politik-Ideen auch existieren – sie setzen sich (noch) nicht zu insgesamt schlüssigen Alternativen zusammen.

Diese Leerstelle ist von zentraler Bedeutung für die bereits genannten Transformationsstrategien. Gäbe es weit verbreitete kooperative Formen des Wohnens, des Arbeitens, der Sorge und des Wirtschaftens, würde es vielen Menschen einfacher fallen, ihren Alltag zu verändern. Öffentliche Debatten könnten auf die bestehenden Alternativen verweisen und Kritik nicht mehr als destruktiv oder planlos abtun. Institutionen und Infrastrukturen könnten die Alternativen vielmehr aufgreifen und verfestigen. Um eine realistische Strategie zur Durchsetzung eines guten Lebens zu entwickeln, müssen wir ein zusammenhängendes Bild einer solidarischen Produktions- und Lebensweise entwerfen. Im Folgenden wollen wir einige Grundzüge einer solchen skizzieren.

Eckpfeiler einer solidarischen Produktions- und Lebensweise

Globale Soziale Rechte

Das *gute Leben für alle* fordert eine andere Art der Globalisierung. Dabei geht es jedoch nicht um eine Anti-Globalisierung im Sinne nationaler Abschottung, wie sie Vertreter*innen der rechten Globalisierungskritik fordern. Rechte Politiker*innen weltweit machen »das Fremde« oder »die Anderen« für sozial-ökonomische Probleme verantwortlich und propagieren in ihrer menschenfeindlichen Rhetorik Abschottung als Lösung. Auch viele Politiker*innen der »bürgerlichen Mitte« wollen mit einem »Weiter-so« den exklusiven Charakter der bestehenden Produktions- und Lebensweise absichern. Diese Politik geht an den tatsächlichen Problemen vorbei. Sie will ein exklusives Gesellschaftsprojekt gestalten, das Wohlstand und die imperiale Lebensweise für wenige sichert.

» Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten setzt der rechten Renationalisierungs-Rhetorik das Ziel einer solidarischen Globalisierung entgegen.«

Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten (GSR)⁷ setzt der rechten Renationalisierungs-Rhetorik das Ziel einer solidarischen Globalisierung entgegen. Diese behält einerseits die positiven Aspekte einer grenzüberschreitend vernetzten und kulturell offenen Welt bei. Gleichzeitig sollen Handlungsräume für politische und ökonomische Gestaltung zurückgewonnen und negative Folgen einer ungleichen Globalisierung zurückgedrängt werden. Diese grundlegenden GSR umfassen ökonomische sowie soziale Rechte. Auch Selbstbestimmungsrechte – etwa auf Bewegungsfreiheit oder Ernährungssouveränität – und ökologische Rechte gehören dazu. Sie gelten *für alle*. Ein Leben auf Kosten anderer ist also nicht möglich, wenn wir GSR ernstnehmen. GSR stehen nicht im Widerspruch mit der Idee universel-

ler Menschenrechte. Doch Letztere scheinen häufig nur ein theoretischer Anspruch zu sein, gerichtet an staatliche Institutionen, die Menschenrechte gewährleisten sollen. Die Übertragung der Menschenrechte in nationales Recht machte sie zudem häufig zu Bürgerrechten. Wer kein*e Staatsbürger*in ist, hat demnach nicht denselben Anspruch darauf.

Das Konzept der GSR betont dagegen stärker, dass grundlegende Rechte bedingungslos für alle, immer und überall gelten müssen. Das bedeutet aber auch, dass wir nicht darauf warten, dass Staaten und Gerichtshöfe uns diese gewährleisten, sondern dass wir uns diese GSR im Zweifelsfall aneignen dürfen und sie für andere erkämpfen müssen. So erachtet es beispielsweise die Klimagerechtigkeitsbewegung für legitim, fossile Energiequellen in Industriestaaten mit Aktionen zivilen Ungehorsams zu blockieren, wie es *Ende Gelände*⁸ inzwischen jährlich macht. Denn die dort produzierten Emissionen tragen massiv dazu bei, dass Menschen in anderen Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, in ihrem Recht auf ein selbstgestaltetes Leben und eine gesunde Umwelt eingeschränkt werden.

Erst wenn wir weder in Gesetzestexten noch in unserem Alltagshandeln einen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Geschlechter, sexueller Orientierung und sozialer oder geographischer Herkunft machen, wird eine solidarische Lebensweise zu einer realen Option. GSR sind damit auch eine notwendige Grundlage, um sowohl unsere Wirtschaftsweise als auch unsere Lebenswelt zu *dekolonisieren*: Denn ein *gutes Leben für alle* ist nur möglich, wenn der Globale Norden seine historisch gewachsene Vormachtstellung in der Welt kritisch hinterfragt und aufgibt. Praktisch bedeutet das, die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen konsequent von einem globalen Standpunkt aus zu betrachten und einzufordern. Eine (globale) Anpassung von hohen sozialen und auch ökologischen Standards würde es erschweren, Kosten an andere Orte und Menschen auszulagern. Eine imperiale Lebensweise lässt sich zum Beispiel nicht fortsetzen, wenn grundlegende Arbeitsrechte sowohl für die Plantagenarbeiterin in Brasilien, die polnische Pflegekraft in der Schweiz, die IT-Fabrikarbeiterin in China oder den deutschen Essenskurier gewährleistet werden. Auch müssen die Rechte indigener Völker auf ihre Existenz und auf Selbstbestimmung, die schon lange gesetzlich verankert sind, umgesetzt werden, um neokoloniale Formen der Unterdrückung und Vertreibung zu verhindern (Stichwort: *Land und Green Grabbing*, siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT UND GELD UND FINANZEN).

Grundlegend für eine Dekolonisierung ist dabei jedoch, dass wir auch unsere eigenen Vorstellungswelten dekolonisieren, uns unserer eigenen Privilegien bewusst werden und rassistische und diskriminierende Merkmale der gegenwärtigen Gesellschaft immer wieder thematisieren und abbauen. Wenn wir GSR ernstnehmen, müssen wir uns auch Fragen stellen wie: Wieso lassen wir zu, dass geflüchtete Menschen vor Europas Haustür ertrinken? Wieso werden Schwarze Deutsche an Bahnhöfen öfter polizeilich kontrolliert als andere? Wieso zahlen wir polnischen Pflegekräften keinen Mindestlohn?

Soziale Infrastrukturen für alle

Voraussetzung für das gute Leben ist, dass alle ihre existentiellen Grundbedürfnisse, die für ein menschenwürdiges Leben notwendig sind, befriedigen können. Eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge kann sich diesem

Ziel annähern. Zu einer solchen sozial-ökologischen Infrastruktur gehören Energie- und Trinkwasserversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Internet und entsprechende digitale Plattformen, Gesundheitsversorgung und Pflege, kritisch-emanzipatorische Bildung – auch außerhalb etablierter Institutionen – und ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Diese Grundversorgung sollte für alle kostenlos, das heißt öffentlich finanziert oder zu sozialverträglichen Kosten zur Verfügung stehen. So könnten entgeltfreie, öffentliche und kollektive Nutzungsformen den individuellen Konsum von Gütern mit zerstörerischen Nebenwirkungen zu Teilen ersetzen. Große Verbraucher*innen wie Unternehmen hätten dafür deutlich höhere Kosten zu tragen oder würden anderweitig benachteiligt werden – aktuell verhält es sich gegenteilig.⁹

Eine bedingungslose soziale Infrastruktur schafft soziale Existenzängste ab und gibt den Menschen so mehr Freiheit zu entscheiden, wie sie leben möchten. Gleichzeitig verdeutlicht sie, was wir wirklich zum Leben brauchen. So kann sich auch unsere Vorstellung von Wohlstand ändern. Deswegen sollten wir dafür einstehen, dass die Daseinsvorsorge keine privatisierte Ware ist, sondern in öffentlicher oder gemeinschaftlich organisierter Hand bleibt und für alle zugänglich ist. In Städten und Kommunen könnten die sozialen Infrastrukturen für alle bereits jetzt eingefordert, umgesetzt und die bestehenden verteidigt werden, wenn der politische Druck dafür groß genug wäre. Als die griechische Regierung beispielsweise auf Drängen der Troika die Wasserwerke von Thessaloniki privatisieren wollte, wehrten sich Bürger*innen im Mai 2014 mit einem erfolgreichen Referendum und schafften es, die Wasserversorgung in öffentlicher Hand zu halten. In vielen deutschen Kommunen konnten Bürger*innen mit ihren Protesten Stadtteilbibliotheken und Volkshochschulen vor der Schließung retten.

Abseits des Staates lassen sich Systeme der Existenz- und Bedarfssicherung etablieren, die selbstorganisiert sind und deren Regeln gemeinsam ausgehandelt werden. Diese Gemeingüter oder *Commons* (siehe GLOSSAR) lassen sich nicht kaufen, vielmehr müssen ihre Nutzer*innen sie herstellen und pflegen. Ein sehr bekanntes Beispiel ist das Software-Entwicklungsnetzwerk Linux (siehe DIGITALISIERUNG). Neben Wissen, Technologie und Lizenzen können auch Landwirtschaft, Lebensmittelläden, offene Werkstätten und andere Orte alternativer Produktion oder Bereiche der Umwelt, zum Beispiel Land oder Saatgut, als Commons organisiert sein.¹⁰

Umverteilung von Geld, Arbeit und Umweltlasten

Wenn wir unsere Lebensweise solidarischer gestalten wollen, ist eine radikale Umverteilung innerhalb und zwischen Gesellschaften erforderlich. Dabei geht es zum einen darum, finanziellen Reichtum gerecht zu verteilen. Innerhalb von Gesellschaften kann ergänzend zu einer sozialen Infrastruktur ein Existenzgeld, das wir häufig unter dem Namen bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) diskutieren und das für alle Menschen gleichermaßen und ohne Gegenleistung gezahlt wird, zur sozialen Sicherung beitragen (siehe SORGE UND GELD UND FINANZEN).¹¹ Finanziert werden könnten das BGE und soziale Infrastrukturen dadurch, dass Steueroasen bekämpft, Vermögens-, Einkommens- und Ökosteuern erhöht, große Erbschaften vergemeinschaftet und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Umverteilung kann auch in Form von Kapitalabgaben für Vermögende und Unternehmen oder durch Schuldenschnitte forciert werden.

Ein BGE in Kombination mit sozialen Infrastrukturen kann dazu beitragen, eine grundsätzlich andere Perspektive auf Arbeit zu entwickeln, denn es kann uns zu Teilen aus der Lohnabhängigkeit lösen. Erwerbsarbeitszeit könnte wesentlich reduziert werden, und zwar in destruktiven Sektoren deutlich mehr als in gesamtgesellschaftlich wertvollen Bereichen. So könnte es gelingen, die selektiv reduzierte Arbeit gerecht und inklusiv umzuverteilen. Die gewonnene Zeit könnte für eine ganze Reihe anderer Alltagserfahrungen genutzt werden, die nach und nach genauso ›normal‹ und wertgeschätzt würden wie heute der Achtstundentag: politische Mitgestaltung, Sorge für Mensch und Mitwelt oder selbstbestimmte Zeit der Muße oder Selbstversorgung.

Doch nicht nur die Arbeitslasten sollten gerechter zwischen den Menschen verteilt werden. Auch die ungleiche Verteilung von Umweltschäden müssen wir angehen.

Demokratie wiederbeleben und ausweiten

Der zunehmende Erfolg autoritärer Parteien und Regierungen legt nahe, dass immer mehr Menschen an unserem bestehenden politischen System zweifeln. Es ist daher wichtiger denn je, den Begriff Demokratie mit radikalem Inhalt zu besetzen und sich seiner Bedeutung bewusst zu werden: Demokratie heißt *Herrschaft des Volkes* statt der Könige oder Konzerne. Demokratisierung beschränkt sich nicht auf Wahlen und Parteien, sondern beinhaltet weitaus größere Teilhabe in politischen Entscheidungsprozessen. Interessante und schon erprobte Konzepte hierfür sind direktdemokratische Instrumente wie Bürger*innenentscheide, ein inklusiveres Wahlrecht, die Einführung von Bürger*innenräten¹² oder der Vorschlag der *Urban Citizenship*¹³. Ebenso wären eine bedingungslose Transparenz der staatlichen Strukturen sowie eine demokratische Umgestaltung des Medienbetriebs notwendig.

Doch Demokratisierung ist nicht nur in der Politik selbst, sondern auch in der Wirtschaft und dem Finanzwesen relevant. Nicht zuletzt deshalb, weil weniger politische Partizipation direkt mit steigender ökonomischer Ungleichheit zusammenhängt. Das heißt zum einen, dass Institutionen, die nicht ausreichend demokratisch legitimiert sind, keine schwerwiegenden politischen Entscheidungen treffen dürfen, wie etwa volkswirtschaftliche Sparauflagen und Reformen. Sie umgehen damit die gewählten Volksvertreter*innen in den nationalen Parlamenten – wie im Fall der Rolle der Troika in Griechenland (siehe GELD UND FINANZEN). Zum anderen müssen Menschen auch die Organisation von Produktion, Konsum und Verteilung stärker mitbestimmen können. In Ernährungsräten arbeiten Bürger*innen, Expert*innen wie Bäuerinnen und Bauern oder Wissenschaftler*innen mit Stadtverwaltungen zusammen, um in Städten nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme zu entwickeln (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).¹⁴ Der Ruf nach *Energiedemokratie* wiederum verlangt, dass alle demokratisch an der Energieproduktion teilhaben können, diese ökologisch gestaltet wird und jede*r Zugang zu ausreichend Energie hat. Das bedeutet auch, dass die Macht großer Energiekonzerne zurückgedrängt werden soll.¹⁵ Die oben beschriebenen Konzepte der sozialen Infrastrukturen für alle und der Commons lassen sich auch als neue, ökonomische Erscheinungsformen der Demokratie verstehen.

Auf privatwirtschaftlicher Ebene gibt es ebenfalls Möglichkeiten, Prozesse und Betriebe zu demokratisieren. Arbeitskämpfe und flächendeckende gewerkschaftliche Organisation spielen dabei eine wichtige Rolle. Noch

weitaus umfassender verhält es sich mit der Selbstorganisation in Form von Kooperativen oder Genossenschaften, in denen die Arbeiter*innen selbst über den Produktionsprozess bestimmen können.

Damit diese Art der Demokratisierung von unten stattfinden kann, muss unser Selbstverständnis als aktive Bürger*innen und unser Wille zur Teilhabe von jungen Jahren an gefördert werden. Demokratie kann daher im Lehrplan nicht als eingeschobener Frontalvortrag der Lehrperson abgehandelt werden. Stattdessen müssen Kinder schon in der Schule die Lust daran entdecken können, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen und ihr Lebensumfeld mitzugestalten – ein Beispiel sind die demokratischen Schulen (siehe BILDUNG UND WISSEN).

Bedürfnisorientiertes, solidarisches und ökologisches Wirtschaften

Anstatt auf Profit richtet sich eine solidarische Produktions- und Lebensweise nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen und versucht, diese auf ökologisch und sozial verträgliche Weise zu erfüllen. So gibt es schon jetzt solidarische Wirtschaftsformen, in denen Produzent*innen und Konsument*innen gemeinschaftlich und möglichst hierarchiefrei kooperieren, beispielsweise Gruppen Solidarischer Landwirtschaft (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) oder kollaborative Open Source-Programme (siehe DIGITALISIERUNG). Auch gibt es immer mehr soziale Bewegungen, in denen Produzent*innen und Konsument*innen gemeinsam für ein gemeinwohlorientiertes Miteinander eintreten: Die Bewegung für Ernährungssouveränität bringt landwirtschaftliche Erzeuger*innen und Konsument*innen gemeinsam auf die Straße (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT), bei der *Care-Revolution* engagieren sich sowohl Sorgende als auch Umsorgte (siehe SORGE). Kurze Transportwege, erneuerbare Energie, regionale Erzeugung, Mehrfachnutzung und Recycling sind wichtige Elemente einer solidarischen Wirtschaftsweise. Nur so kann ein *gutes Leben für alle* – Menschen, Tiere, Ökosysteme – funktionieren.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene geht es vor allem darum, sozial- und umweltschädliche Wirtschaftsbereiche auf kontrollierte und sozial gerechte Weise zu schrumpfen. Degrowth beziehungsweise Postwachstum sind hier alternativ zum Wirtschaftswachstum diskutierte Konzepte. Im Gegenzug müssen Sektoren gestärkt werden, in denen es um wichtige Lebensbedürfnisse der Menschen geht und die ökologisch nachhaltig sind. Dafür braucht es inklusive, öffentliche Diskussionen darüber, was gesellschaftlich wünschenswerter ist: Mehr Subventionen für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder Steuervergünstigungen für emissionsstarke Dienstwagen? Die Förderung von ökologischer kleinbäuerlicher Landwirtschaft oder von industrieller Massentierhaltung?

Auf globaler Ebene bilden transnationale Produktions- und Finanznetzwerke das Rückgrat der imperialen Produktions- und Lebensweise. Eine strenge Regulierung von Unternehmen, Banken und grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen sowie das Verbot von sozial oder ökologisch schädlichen Wirtschaftsakteuren- und praktiken kann ein erster Schritt hin zu einer gerechteren Produktionsweise sein. Darüber hinaus müssen neue Formen der Wirtschaftsdemokratie im globalen Maßstab entwickelt werden.

Es gibt keine Blaupause für eine solidarische Wirtschaftsweise. Sie kann sich nur durch ein Zusammenspiel von Pionierprojekten, sozialen Bewegungen aus Nord und

Süd und Institutionen entwickeln. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, Wirtschaft funktioniere am besten über den Markt und liege außerhalb des Politischen und damit auch außerhalb unseres Einflussbereiches. Der breit getragene zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA hat gezeigt, dass viele Menschen nicht länger auf Mitsprache über wirtschafts- und handelspolitische Fragen verzichten wollen und für eine andere Form des Wirtschaftens eintreten. Letztlich geht es darum, die derzeitige Entwicklung, bei der immer mehr Regulierungen abgebaut und Bereiche marktkonform gestaltet werden, umzukehren: Also mehr und mehr Lebens- und Produktionsbereiche aus dem Markt herauszulösen und in ein solidarisches Wirtschaftssystem zu überführen.

Welche Transformation wollen wir?

Die hier beschriebenen Eckpfeiler einer solidarischen Produktions- und Lebensweise und die vorgestellten Strategien zur Durchsetzung eines *guten Lebens für alle* sind noch lange nicht vollständig. Die globale, sozial-ökologische Transformation ist eine riesige gesellschaftliche Herausforderung. Einerseits sind die Alternativen auf einer konzeptionellen Ebene noch unterentwickelt und müssen stärker miteinander verknüpft werden. Andererseits fehlen auf der politischen Ebene die Bündnisse und langfristigen Strategien, um Alternativen durchzusetzen.

Und doch sind alternative Ansätze nicht chancenlos. Die imperiale Lebensweise stößt immer mehr an ihre Grenzen und führt zu sozialen und ökologischen Verwerfungen. Diese Verwerfungen führen – ebenso wie das Erstarken rechter Gesellschaftsprojekte, welche die imperiale Lebensweise autoritär absichern wollen – zu einem immer größeren Bedarf nach solidarischen Alternativen. Ein ›Weiter-so‹ scheint immer unrealistischer. Die Frage ist also nicht, *ob* ein umfassender Wandel stattfindet, sondern *welcher* und *wer* ihn gestaltet. Wenn wir nicht aktiv einschreiten, bricht ein Wandel womöglich als ökologisches und soziales Desaster über uns herein, während sich marktkonforme Scheinlösungen und gefährliche Alternativen von Rechts durchsetzen. Nutzen wir diesen Augenblick der vielfachen Krisen und diese enorme gesellschaftliche Herausforderung also als Chance, um die Kräfte existierender Projekte, Politikvorschläge und Akteure – ob radikal oder reformorientiert – zu bündeln und gemeinsam für ein *gutes Leben für alle* einzutreten.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

Endnoten

- | | | | |
|---|---|----|------------------------------|
| 1 | Kallis, 2016 | 10 | Habermann, 2016; |
| 2 | Welzer, 2011 | | Helfrich, 2012 |
| 3 | Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2017 | 11 | Lammer, 2016 |
| 4 | Attac, 2017 | 12 | Land Voralberg, 2017 |
| 5 | Interventionistische Linke, 2017 | 13 | Verein Sand & Zeit, 2017 |
| 6 | System Change, not Climate Change, 2016 | 14 | Ernährungsrat Köln, 2017 |
| | | 15 | Weis, Becker & Naumann, 2015 |
| 7 | Klautke & Oehrlein, 2008; Rätz, 2007 | | |
| 8 | Ende Gelände, 2017 | | |
| 9 | Steckner & Candeias, 2014 | | |

Alle reden von Missständen und Krisen: Hier die Klima- und Rohstoffkrise, dort die sozial-politische Dauerkrise Griechenlands oder die menschenverachtende Ausbeutung in der Textilindustrie. Die Probleme sind vielen bewusst – dennoch scheint sich wenig zu ändern. Warum? Das Konzept der »Imperialen Lebensweise« erklärt, warum sich angesichts zunehmender Ungerechtigkeiten keine zukunftsweisenden Alternativen durchsetzen und ein sozial-ökologischer Wandel daher weiter auf sich warten lässt.

Dieses Dossier stellt das Konzept der imperialen Lebensweise vor und erläutert, wie unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise Mensch und Natur belastet. Dabei werden verschiedene Bereiche unseres alltäglichen Lebens beleuchtet, unter anderem Ernährung, Mobilität und Digitalisierung. Schließlich werden sozial-ökologische Alternativen und Ansatzpunkte vorgestellt, wie wir ein gutes Leben für alle erreichen – anstatt ein besseres Leben für wenige.

Der gemeinnützige Verein **Common Future e.V.** aus Göttingen arbeitet in verschiedenen Projekten zu globaler Gerechtigkeit und sozial-ökologischem Wirtschaften. Vom April 2016 bis zum Mai 2017 veranstaltete er die »I.L.A. Werkstatt« (Imperiale Lebensweisen – Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert).

Hieraus ist das interdisziplinäre **I.L.A. Kollektiv**, bestehend aus 17 jungen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, hervorgegangen. Das erklärte Ziel: ein Jahr gemeinsam zum wissenschaftlichen Konzept der imperialen Lebensweise zu arbeiten und dieses für eine breite Öffentlichkeit aufzubereiten.



19,95 Euro [D]
20,60 Euro [A]
www.oekom.de

 **oekom**